



DER STICHEL

Stadtteilzeitung für Tempelhof-Schöneberg

THEMA: GEGEN RECHTSEXTREMISMUS



Zusammenhalt ist die stärkste Antwort

Demokratie in Tempelhof-Schöneberg verteidigen!

von Jörn Oltmann, kandidiert erneut als Bezirksbürgermeister in Tempelhof-Schöneberg

■ Einsamkeit ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen. Alle gesellschaftlichen Bereiche sind davon betroffen. Viele Menschen fühlen sich nicht gesehen. Wichtige gesellschaftliche Diskussionen ziehen scheinbar an ihnen vorbei. Die Entwicklungen in der Welt werden rasanter. Dadurch wächst die Gefahr, den Anschluss an die Gemeinschaft zu verlieren.

Soziale Medien und „Breaking News“ können informieren, verbinden und bewegen, allerdings ersetzen sie nicht den persönlichen Austausch. Zusammenhalt braucht Begegnung, Vertrauen und Bereitschaft, einander zuzuhören. In unserem Bezirk leben rund 356.000 Menschen, viele „nebeneinander“. Wir spüren, wie Entfremdung und Entsolidarisierung zunehmen. Unser Ziel ist, →



dass wieder mehr Menschen einander verbunden sind.

Strukturen, in denen Menschen füreinander eintreten, wo intakte Nachbarschaften, wo Initiativen, wo Ehrenamtliche anderen Aufmerksamkeit schenken, müssen wir stärken. Und ebenso Menschen, die aufklären und für Bedrohungen sensibilisieren. Wir brauchen Begegnungsräume, „dritte Orte“, wo nicht Arbeit oder Konsum im Vordergrund stehen: Stadtteilzentren, lange Tafeln und Kiezfeste. So entziehen wir jenen den Nährboden, die aus sozialer Isolation politisches Kapital schlagen wollen.

Gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und rassistische Ausgrenzung haben wir in Tempelhof-Schöneberg verlässliche Strukturen geschaffen. Der bezirkliche Beauftragte gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus hat als Ansprechpartner für Verwaltung, Zivilgesellschaft und Betroffene eine zentrale Rolle. Er vermittelt und vernetzt. Dies ist ein wichtiger Rückhalt etwa für Initiativen, Schulen, Vereine und Bündnisse.

Durch die Koordinierungs- und Fachstelle „Arbeit und Leben“ werden Projekte beim Planen und Beantragen unterstützt. Durch diese „Partnerschaft für Demokratie“ aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird demokratische Kultur konkret gestärkt.

Die Berliner Register erfassen Vorfälle, die rassistisch, antisemitisch, LGBTQ*-feindlich, antiziganistisch, extrem rechts, sozialchauvinistisch, antifeministisch oder diskriminierend gegenüber Menschen mit Behinderungen sind. Auch die Registerstelle Tempelhof-Schöneberg

macht solche Vorfälle sichtbar, die in keiner Polizeistatistik auftauchen.

Wer öffentlich Liebe zeigt, darf nicht bedroht oder diskriminiert werden. Der bezirkliche Beauftragte für queere Lebensweisen arbeitet für mehr Sichtbarkeit und Sicherheit: Hand in Hand mit der Community und vielen weiteren Engagierten. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Wir alle sind in vielfacher Hinsicht unterschiedlich. Vielfalt macht uns als Gesellschaft reicher und stärker. Deshalb ganz deutlich: Die Feinde dieser Vielfalt sind Feinde der Demokratie. Menschen sind verschieden und gehören trotzdem zusammen. Davon lebt unser Gemeinwesen. Bund, Land und Bezirk müssen hier deshalb zusammenstehen!

Der Einsatz gegen Rechtsextremismus und der Einsatz gegen Einsamkeit gehören zusammen. Demokratie lebt davon, dass Menschen miteinander im Austausch bleiben und gemeinsam aushandeln, was ihnen für die Zukunft wichtig ist. So bleibt Tempelhof-Schöneberg ein Bezirk, in dem alle Menschen ohne Angst verschieden sein können. Zusammenhalt ist stärker als Spaltung!

Rechts- extremismus sichtbar machen.

Warum die Registerstellen wichtig sind!

von Ronald Reimann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tempelhof-Schöneberg

■ Rechte, rassistische und antisemitische Vorfälle nehmen in Berlin weiter zu. Die Berliner Register dokumentierten für 2025 berlinweit 8.286 Vorfälle. Dies markiert einen erneuten Höchststand nach 7.720 Fällen im Vorjahr. Besonders alarmierend: Rassistische Vorfälle stiegen deutlich an, ebenso Bedrohungen und Angriffe.

Auch in Tempelhof-Schöneberg bleibt die Lage ernst. Die Registerstelle dokumentierte im Jahr 2025 insgesamt 273 Vorfälle. Zwar ist das ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr, das Niveau bleibt jedoch hoch. Besonders häufig traten Fälle von Rassismus (79 Fälle), Antisemitismus (59 Fälle) und LGBTQ*-Feindlichkeit (50 Fälle) auf.

Die Registerstelle Tempelhof-Schöneberg macht sichtbar, was oft unsichtbar bleibt: Diskriminierung im Alltag, rechte Propaganda im öffentlichen Raum, Bedrohungen und Angriffe. Sie dokumentiert Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, unterstützt Betroffene und liefert

eine wichtige Grundlage für politische Gegenstrategien. Denn viele Übergriffe tauchen in keiner Polizeistatistik auf.

Die Zahlen zeigen: Menschenfeindlichkeit begegnet uns nicht nur organisiert, sondern vor allem im Alltag. So wurde im März 2025 am Nollendorfplatz ein Mann wegen eines Palästina-Schals rassistisch beleidigt und anschließend ins Gesicht geschlagen. In Mariendorf beleidigte ein Mann mehrere Frauen in einem Supermarkt rassistisch. Und in Marienfelde wurde im September 2025 ein alternativ gekleideter Mann im Vorbeigehen gestoßen und als „Scheiß Zecke“ beschimpft.

Neben den vielen antisemitischen Vorfällen ist auch die Zunahme queerfeindlicher Angriffe äußerst besorgniserregend. Wiederholt wurden Einrichtungen und Symbole queeren Lebens attackiert, darunter das Anti-Gewalt-Projekt MANEO in der Bülowstrasse. Ein Brandanschlag auf einen von MANEO genutzten Info-Point zeigt, wie gezielt Einschüchterung betrieben wird.

Diese Vorfälle sind keine Einzelfälle. Sie sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas, in dem rechte Ideologien, Rassismus und Antisemitismus wieder lauter und sichtbarer werden. Umso wichtiger ist die Arbeit der Registerstelle. Sie schafft Öffentlichkeit, stärkt Betroffene und hilft uns, dort zu handeln, wo unsere Demokratie angegriffen wird. Demokratie braucht Haltung. Und Aufmerksamkeit.

Betroffene rechter Gewalt schützen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass rechte Straftaten konsequent als politisch motiviert erfasst, schnell aufgeklärt und ohne zusätzliche Belastung

für Betroffene bearbeitet werden. Dafür braucht es starke Beratungsangebote, verlässliche Registerstellen und gut finanzierte Monitoringstrukturen. Opferberatungsstellen und zivilgesellschaftliche

Initiativen müssen dauerhaft gestärkt werden.

Auch Polizei und Justiz stehen in der Verantwortung: Rechte Straftaten müs-

sen früh erkannt, konsequent verfolgt und transparent kommuniziert werden.

Quelle: Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abgeordnetenhauswahl Berlin 2026



Spaziergang rund um das Rathaus Schöneberg zu Orten dokumentierter Diskriminierungsfälle anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus am 21. März 2026

Infografik: Wie Vorfälle melden?



HABEN SIE RASSISMUS ODER EINE ANDERE FORM VON DISKRIMINIERUNG ERFAHREN? WIE SIND FÜR SIE DA!

Wir, das **Berliner Register Tempelhof Schöneberg**, wollen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorgehen. Wir dokumentieren deshalb Vorfälle, die im Alltag in Bezirk passieren.



@tsregister



ts@berliner-register.de



www.berliner-register.de



+49 15560 803228
+49 157834 56422

Queerfeindliche Angriffe

von Sebastian Walter, kandidiert in Schöneberg-Nord für das Abgeordnetenhaus

■ Queerfeindlichkeit nimmt aktuell deutlich zu und greift mit neuer Brutalität um sich. Und das auch in unserem Bezirk. Dabei sind besonders die Orte betroffen, an denen queere Menschen sichtbar sind, beispielsweise der Regenbogenkiez in Schöneberg. Laut dem Berliner*innen „ekelhaft“, wenn sich Lesben und Schwule in der Öffentlichkeit küssen. Queerfeindliches Gedankengut schlägt sich immer häufiger in Taten nieder: Auf Einrichtungen wie MANEO, das Café Romeo & Romeo oder das Schwule Museum sind in den letzten Jahren gewalttätige Angriffe verübt worden.

Queerfeindlichkeit ist zudem zu einem zentralen ideologischen Baustein der extremen Rechten geworden. Der Berliner Verfassungsschutzbericht 2025 macht deutlich: Rechtsextreme Akteur*innen nutzen gezielt die Abwertung queerer Menschen, um demokratische Werte anzugreifen, Feindbilder zu schaffen und insbesondere junge Menschen für ihre Ideologie zu mobilisieren. Radikalisierung beginnt dabei häufig im Digitalen und endet immer häufiger auf der Straße, etwa bei Demonstrationen und Aufmärschen gegen CSD-Paraden oder bei gezielten Bedrohungen gegen Lesben, Schwulen, trans*, inter* und queeren Menschen (LSBTIQ)*.

Doch gerade wenn Beleidigungen, Bedrohungen oder Gewalt zur Lebensrealität von LSBTIQ* gehören, braucht es umso mehr eine Politik, die entschlossen handelt. Was aber macht die Landesregierung? Statt Prävention und Schutz konsequent auszubauen, hat der schwarz-rote Senat in den letzten Jahren die notwendigen Mittel für queere Bildungsarbeit und Präventionsangebote gekürzt und Beratungs- und Anlaufstellen gestrichen. Das ist der Regenbogenhauptstadt unwürdig. Durch Druck von Zivilgesellschaft und uns Bündisgrüne im Abgeordnetenhaus konnte das Schlimmste noch verhindert werden. Und wir werden uns diesem ideologischen Backlash weiterhin mit aller Kraft entgegenstellen. Queere Menschen müssen sicher sein!



DER STICHEL

Eine starke Zivilgesellschaft für eine demokratische Kultur in Berlin.

von Anne Rennschmid, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tempelhof-Schöneberg

■ Die Lage ist ernst: Rechte Hetze, Desinformation und Gewalt nehmen zu, während demokratische Initiativen in der politischen Bildung, Antidiskriminierungsarbeit, Gewaltprävention und Beratung unter Druck geraten.

Zivilgesellschaft stärkt Teilhabe und gibt den vielfältigen Interessen einer pluralistischen Gesellschaft eine Stimme. Gerade in Zeiten, in denen demokratische Werte herausgefordert werden, braucht dieses Engagement eine verlässliche Grundlage. Statt dauernder Projektlogik sind langfristige Förderstrukturen notwendig. Die Sorge wächst zusätzlich

durch drohende Kürzungen beim Programm „Demokratie leben!“.

Staatliche Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit umfasst auch Organisationen, die Regierung und Verwaltung kritisieren. Das ist kein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot. Dieses schützt den möglichen Zugang der Opposition zur Macht, nicht aber staatliche Stellen vor Kritik aus der Gesellschaft.

Das von den Grünen seit Langem geforderte Berliner Landesdemokratiefördergesetz kommt unter Schwarz-Rot nicht voran - obwohl die Koalition es als zentrales Vorhaben angekündigt hatte. Es fehlt an Transparenz und echter Beteiligung. Die Stellungnahmen der Verbände zum Gesetzentwurf sind bis heute nicht öffentlich zugänglich.

Die CDU begegnet der Zivilgesellschaft mit Misstrauen. Sie fordert Regelabfragen beim Verfassungsschutz als Fördervoraussetzung. Besonders betroffen wären Projekte aus der Antidiskriminierungsarbeit.

Dabei zeigt die Berliner Fördergeldaffäre um Antisemitismusprojekte, dass die CDU selbst vehement gegen die Landeshaushaltsordnung (LHO) verstoßen hat. Die Vergabe von rund 2,6 Milli-



onen Euro an 13 Projekte „von besonderer politischer Bedeutung“ erfolgte durch politische Einflussnahme und wurde vom Rechnungshof als rechtswidrig bewertet. Transparente Verfahren, nachvollziehbare Kriterien und fachliche Prüfungen fehlten, obwohl die Verwaltung die politische Leitung gewarnt hatte. Der auf Initiative der Grünen eingesetzte Untersuchungsausschuss brachte unzulässige politische Einflussnahme und fehlende Regierungsverantwortung durch die CDU ans Licht. (Abschlussbericht Ende August erwartet).

Für die Förderung der Zivilgesellschaft unter dem Dach „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ fehlt der unglücklichen Leitung der Kulturverwaltung (CDU) der politische Wille.

Eng mit der Förderung der Zivilgesellschaft verbunden ist die politische Bildung. Sie soll Menschen befähigen, Verantwortung für die Demokratie zu übernehmen, sich politisch einzubringen und demokratie- sowie menschenrechtsfeindlichen Bestrebungen entgegenzutreten. Umso problematischer sind Versuche der CDU-geführten Bildungsverwaltung, durch zentrale Steuerung einen angeblichen „Wildwuchs“ in der politischen Bildung zu bekämpfen. Wir Grüne stehen für die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung.

Wir stärken das politische Engagement einer pluralistischen Zivilgesellschaft und machen deutlich, dass jede Stimme zählt.



Foto: Christian Lue via Unsplash



Foto: IMAGO / Steinbach

Keine Bühne für die AfD

von Claudia Löber, Kreisvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tempelhof-Schöneberg

■ Wir Bündnisgrünen haben auf Bezirksebene gemeinsam mit SPD und Linke entschieden, in diesem Wahlkampf nicht an Schulpodien teilzunehmen, an denen Vertreter*innen der AfD oder anderer rechtsextremer Gruppierungen beteiligt sind. Insbesondere da Jugendliche ab 16 Jahren bei den Wahlen im Herbst wahlberechtigt sind, ist uns das Angebot der Information und Diskussion an Schulen grundsätzlich sehr wichtig, die Grundlage dafür

ist aber eine gemeinsame Haltung von Respekt, einem demokratischen Grundverständnis und Verfassungstreue. Die AfD wurde im Mai 2025 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextreme Bestrebung“ eingestuft und möchte Bevölkerungsgruppen von der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe ausschließen – sie steht nicht auf dem Boden unserer demokratischen Werte.

Damit schließen wir uns auch dem Aufruf eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses an, der AfD bei Schulveranstaltungen keine Bühne zu bieten, um Berliner Schüler*innen vor Diskriminierung, Angriffen auf ihre Würde und verfassungsfeindlichen Positionen zu schützen.

AfD-Verbot jetzt!

Warum wir für ein Verbotsverfahren sind

von Ronald Reimann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tempelhof-Schöneberg

■ Die AfD hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter radikalisiert. Ihre Programmatik, ihre Sprache und die Äußerungen führender Funktionäre zeigen zunehmend offen: Diese Partei greift zentrale Grundpfeiler unserer Demokratie an. Sie stellt die Menschenwürde infrage, wertet Bevölkerungsgruppen systematisch ab und richtet sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die AfD als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein. Zwar läuft hierzu noch ein gerichtliches Hauptsacheverfahren, doch bereits die Einstufung als Verdachtsfall wurde gerichtlich bestätigt. Mehrere Landesverbände gelten rechtskräftig als gesichert rechtsextrem.

Im Juni 2026 hat die Gesellschaft für Freiheitsrechte ein umfangreiches Gutachten vorgelegt. Auf Basis von Millionen ausgewerteter Texteinheiten kommt es zu einem klaren Schluss: Die AfD ist

von einem rassistischen Weltbild geprägt und arbeitet auf die Aushöhlung demokratischer Grundprinzipien hin. Die Erfolgsaussichten eines Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht werden deshalb als gut eingeschätzt.

Natürlich gibt es Einwände. Kritiker*innen warnen davor, die AfD politisch zu „stärken“, ihr eine Opferrolle zu geben oder Wähler*innen zu entfremden. Diese Argumente verdienen ernsthafte Prüfung. Ein Verbotsverfahren darf niemals Symbolpolitik sein und muss juristisch belastbar vorbereitet werden.

Doch Nichtstun ist keine verantwortungsvolle Option. Unsere Demokratie ist wehrhaft und sie muss es sein. Wenn eine Partei systematisch gegen Menschenwürde und Demokratie arbeitet, muss der Rechtsstaat handeln. Ein Verbotsverfahren ersetzt nicht die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und mit den zu vielen Menschen, die die AfD wählen. Aber es ist ein notwendiges Instrument, wenn die Verfassung selbst angegriffen wird.

Wir sagen: **Die Zeit für die Prüfung eines AfD-Verbots ist jetzt.**

Ausführliche Infos mit Pros und Cons findet ihr hier!



Am 20.9.
GRÜN wählen

RAUS AUS DEM RÜCKWÄRTS



”

Das im Grundgesetz verankerte Parteiverbot ist kein nice to have, sondern ein Schutzinstrument für den Fall, dass Verfassungsfeinde unsere Demokratie angreifen. **Ein AfD-Verbotsverfahren ist überfällig.** Das Gutachten bildet ein starkes wissenschaftliches Fundament, auf dem Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung endlich aktiv werden müssen.

Ario Mirzaie, Grüne Fraktion Abgeordnetenhaus, Sprecher für Strategien gegen Rechts

Foto: Vincent Villwock/Grüne Fraktion Berlin

Veranstaltungshinweis:

„Demokratie schützen!“

Wie wehrhaft ist unsere Demokratie? Welche politischen und juristischen Mittel gibt es gegen Rechtsextremismus – und was bedeutet das für den Umgang mit der AfD? Darüber diskutieren wir mit Ario Mirzaie.

Wann: Dienstag, 1. September, 19 Uhr
Wo: Kiezbüro, Kolonnenstraße 53, 10829 Berlin
Wer: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bezirksgruppe Tempelhof-Schöneberg **mit Ario Mirzaie**, Grüne Fraktion Abgeordnetenhaus, Sprecher für Strategien gegen Rechts

Demokratie-stammtisch

■ Machst du dir Sorgen um die Demokratie? Du hast allen Grund dazu. Leute, die menschenfeindlich reden und handeln und die Demokratie am liebsten abschaffen wollen, werden aktuell mehr und lauter. Wenn wir sie lassen, werden sie zunehmend zur Bedrohung für uns alle.

Fragst du dich, was du dagegen tun kannst? Fühlst du dich hilflos mit deinem Unbehagen? Du bist nicht allein.

Jeden 3. Donnerstag im Monat um 19:30 Uhr, treffen wir uns im Hidden Boulevard, Crellestraße 44 in Berlin-Schöneberg, um in lockerer Atmosphäre miteinander zu sprechen, uns zu stärken und Demokratie als respektvollen Austausch überzeugender Argumente zu feiern.

Alle, die sich um die Demokratie sorgen und sie erhalten wollen, sind willkommen und zwar unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb von Parteien politisch aktiv sind oder ob sie sich noch nie politisch engagiert haben.

Wir freuen uns auf dich!



Hidden Boulevard, Crellestraße 44

Anmeldung:
demokratiestammtisch@email.de

Der Demokratie-Stammtisch ist eine Initiative der AG gegen Rechtsextremismus des Kreisverbandes Tempelhof-Schöneberg

Vorstellung **AG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS**

Wir, die Arbeitsgemeinschaft gegen Rechtsextremismus, engagieren uns für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft. Wir stellen uns entschlossen gegen Rechtsextremismus sowie gegen jegliche andere Form von Rassismus und Antisemitismus.

Die Arbeitsgemeinschaft ist mit Initiativen, Betroffenenorganisationen und anderen engagierten Menschen im Bezirk vernetzt, zum Beispiel mit dem Bündnis gegen Antisemitismus und dem neu gegründeten Bündnis Südwest weltweit. Wir haben stets ein offenes Ohr für aktuelle Belange, zeigen Solidarität mit Betroffenen und unterstützen Demos und Kundgebungen, wie zuletzt die Berliner Prüf-Demos.

Wir freuen uns immer über neue AG-Mitglieder, die sich gemeinsam mit uns engagieren möchten. Dazu musst du

kein Mitglied bei den Grünen sein, eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus reicht. Komm einfach zu einem Treffen (Termine: <https://gruene-ts.de/termine/>) oder schicke eine Nachricht an unser Koordinationsteam unter **kontakt-gegen-rechts@gruene-ts.de**.



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN **Kreisverband Tempelhof-Schöneberg**

Kontakt

- 📄 **Webseite** gruene-ts.de
- ✉ **E-Mail** kiezbüro@gruene-ts.de
- ☎ **Telefon** 030/9152 0086

Jetzt auf Social Media folgen!

- 📷 **Instagram** [@gruene_ts](https://www.instagram.com/gruene_ts)
- 📺 **TikTok** [@gruenets](https://www.tiktok.com/@gruenets)

Vi.S.d.P. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin
Tempelhof-Schöneberg, Claudia Löber und
Henrik Rubner, Kolonnenstr. 53, 10829
Berlin | **Gestaltung** Max Heinemann |
Texte Anne Rennschmid, Claudia Löber,
Jörn Oltmann, Ronald Reimann, Sebastian
Walther | **Stand** August 2026